



Als Bildungsminister Kessler gestern in Dudweiler zu angehenden Junglehrern sprach, wandten diese ihm den Rücken zu. Foto: bub

DGB trägt Demonstrationsaufruf von Referendaren und Eltern mit

Der Unterstützerkreis für den geplanten Fackelmarsch angehender Junglehrer gegen niedrigere Einstiegsbezüge wird immer größer. Auch der DGB mobilisiert nun zu der Demonstration.

Von SZ-Redakteur
Norbert Freund

Dudweiler/Saarbrücken. Nach der Gesamtlandeselternvertretung (GLEV) unterstützt jetzt auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) den Fackelmarsch der Studienreferendare gegen die Absenkung der Eingangsbesoldung bei Junglehrern. DGB-Chef Eugen Roth rief gestern alle Gewerkschaftsmitglieder im Saarland auf, sich an dem Protestzug zu beteiligen, der am 29. November zum Bildungsministerium in Saarbrücken führen soll. Es wird erwartet, dass sich auch die Lehrerverbände im Deutschen Beamtenbund (DBB) dem Aufruf anschließen. Als erste DBB-Gewerkschaft erklärte gestern der Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) seine Unterstützung für die Aktion.

Derweil protestierten gestern beim saarländischen Referendariatstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Dudweiler zahlreiche Referendare in Anwesenheit von Bildungsminister Klaus Kessler (Grüne) gegen die Kürzung der Einstiegsbezüge. Während einer Diskussion mit Kessler stand ein Großteil der rund 80 Referendare auf und drehte dem Minister demonstrativ den Rücken zu. Die angehenden Junglehrer trugen blaue

T-Shirts, auf deren Rückseite die Umrisse des Saarlandes sowie die Aufschrift „... unn tschüss“ angebracht waren. Damit wollten sie auf die aus ihrer Sicht drohende „massive Abwanderung“ von Junglehrern aus dem Saarland hinweisen. GEW-Vize Andreas Sanchez überreichte dem Minister eine entsprechende Protestresolution der Referendare.

Kessler forderte die protestierenden Referendare während der Diskussion vergeblich auf, ihm das Gesicht zuzuwenden. Er hob hervor, die geplanten Einschnitte machten ihm „keinen Spaß“. Sie seien aber „zumutbar“ und wegen der Schuldenbremse „alternativlos“. Er sehe keinen Widerspruch zu seinem Versprechen, bei der Bildung nicht zu sparen, da die reduzierten Einstiegsbezüge für alle Beamten gelten sollten. Würde man auf diese Einsparungen verzichten, könnte er weniger Lehrer einstellen, so Kessler. Die SPD habe eine solche Sparaktion in der zweiten Hälfte der 80er Jahre selbst praktiziert.

Nach Angaben von VLW-Chef Matthias Simmer droht den Referendaren durch die geplante, auf zwei Jahre befristete Absenkung der Einstiegsbezüge ein Verlust von rund 500 Euro brutto im Monat, was sich in zwei Jahren auf 12 000 Euro summieren würde.

GEW-Chef Peter Balnis sagte, eigentlich müsste das Saarland die jungen Lehrer nach ihrem Referendariat „mit Freuden begrüßen“. Doch das Gegenteil sei der Fall. Dabei sei dies „nur die erste von zehn Sparrunden“, die wegen der Schuldenbremse drohten.